



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

nichts ist mehr so wie zuvor, kein Stein ist mehr auf dem anderen geblieben: Die Flutkatastrophe im Norden von Rheinland-Pfalz sowie in Nordrhein-Westfalen, insbesondere an der Ahr und in der Eifel, hat unvorstellbar großes Leid verursacht. Ich bin noch immer entsetzt und bestürzt über die dramatischen Bilder der Verwüstung. In einem zuvor unvorstellbaren Ausmaß hat das Wasser gewütet und alles, was es erreichen konnte, mit sich gerissen. Menschenleben, Existenzen und gesamte Ortskerne hat die Flut genommen und ein Trauma zurückgelassen.

Hilfskräfte im Dauereinsatz

Schwerwiegende Schäden an den zentralen Infrastrukturen haben Straßen, Brücken, aber auch die Kommunikationswege unterbrochen, sodass Hilfe zunächst nur unter sehr erschwerten Bedingungen in den Krisengebieten ankam. Besonders beeindruckt bin ich von dem Zusammenhalt, mit welchem vor Ort gemeinsam bei Rettungsaktionen und anschließenden Aufräumaktionen gehandelt wurde. Freiwillige Feuerwehren und Hilfsorganisationen im Dauereinsatz, aber auch Bürgerinnen und Bürger sowie helfende Gruppen aus dem ganzen Land haben wertvolle Hilfe geleistet. Unsere (Orts-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben sich in ihren Gemeinden als regelhafte Krisenmanager bewiesen und werden sich noch sehr lange Zeit mit Blick auf den Wiederaufbau der Infrastruktur als „Manager“ behaupten müssen.

In dieser traurigen Ausnahmesituation hat sich unsere strukturell bedingte Kleinteiligkeit der Kommunen als eine große Stärke erwiesen: Gerade, wenn Ortschaften von der Außenwelt abgeschnitten waren und Hilfskräfte von außerhalb kaum



Nico Steinbach

Foto: SGK

oder nur schwer durchdringen konnten, zeigte sich der enorme Vorteil einer freiwilligen Feuerwehrinheit vor Ort, einer aktiven Bürgerschaft und der Handlungskompetenz vor Ort, die sofort schnelle Hilfe leisten konnte. Auf die kommunale Ebene ist eben in sämtlichen Lagen vor Ort Verlass.

Mammutaufgabe Wiederaufbau

Auch in Zukunft ist viel Engagement nötig, denn wir stehen nun vor der großen Aufgabe, die zerstörten Gemeinden wieder aufzubauen und der Bevölkerung finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Diese Mammutaufgabe ist angesichts der massiven Schäden nur mit maßgeblicher Unterstützung von Land und Bund möglich – ein Jahrhundertprogramm ist notwendig, denn die Schäden lassen sich

in Milliardenhöhe schätzen. Dabei sind neben Fragen der Finanzierung auch weitere Ressourcen nötig, es braucht Know-how im Planungs- und Baubereich, das in einem großen Kraftakt möglichst gut gebündelt werden muss.

Zudem steht eine Analyse an, die mögliches Verbesserungspotenzial im Bereich der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes in den Fokus nimmt und eine noch bessere Unterstützung und Ausstattung der Gemeinden zum Ziel haben soll. Was kann noch getan werden, um die Sicherheit der Bevölkerung zu erhöhen? Diese Frage gewinnt in Anbetracht von voraussichtlich immer häufiger auftretenden Starkregen- und Flutereignissen angesichts des Klimawandels enorm an Bedeutung. Wie so oft stellt eine gut funktionierende Kommunalver-

Inhalt

Flutkatastrophe von historischem Ausmaß

Impfzentren bleiben weiter in Bereitschaft

Schulbetrieb nach den Sommerferien geregelt

Andreas Hundhausen neuer VG-Bürgermeister

Solidarpakt regelt die Windkrafteinnahmen

SGK informierte über Etat und Ratsarbeit

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Rheinland-Pfalz e. V.,
Romano-Guardini-Platz 1, 55116 Mainz
E-Mail gabriele.vogelsgesang@sgkrp.de

Redaktion: Wolfgang Kröhler
Telefon: (06737) 260
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Layout: Heidemarie Lehmann

Litho: DDV Technik GmbH

Druck: DDV Druck GmbH,
Meinholdstraße 2, 01129 Dresden
E-Mail: dvd@ddv-mediengruppe.de

waltung in unseren Gemeinden im Zuge dieser Überlegungen eine wichtige Grundlage dar, die eine effiziente Kommunikation und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ermöglicht.

Mit freundlichen Grüßen

Nico Steinbach, MdL
SGK-Landesgeschäftsführer



Die Flutkatastrophe hinterließ ein Bild der Zerstörung, hier in der Gemeinde Brecht in der VG Bitburger Land.

Katastrophe von historischem Ausmaß: Verwüstungen im Ahrtal und in der Eifel

Landesregierung reagierte mit Soforthilfeprogramm. Unterstützung für Kommunen, Privathaushalte und Unternehmen. Wiederaufbau wird Jahre dauern und Milliarden Euro kosten

Autor Wolfgang Kröhler

Auch einige Wochen nach der Flutkatastrophe im Ahrtal und in der Eifel sind die schier unvorstellbaren Schäden immer noch sichtbar. Zwar sind die meisten Müllberge mittlerweile weggeräumt, große Trauer und Betroffenheit sind aber geblieben. Viele Menschen kamen in den Wassermassen ums Leben, ganze Existenzen wurden vernichtet, Häuser und große Teile der Infrastruktur zerstört. Die Schäden belaufen sich voraussichtlich auf mehrere Milliarden Euro. In den ersten Wochen leisteten die Hilfsorganisationen, die Bundeswehr und die aus ganz Deutschland angereisten freiwilligen Helferinnen und Helfer einen aufopferungsvollen Einsatz. Es wird Jahre

dauern, bis alles wieder aufgebaut sein wird. Unwetter häufen sich immer mehr, der Klimawandel rückt wieder verstärkt in den Mittelpunkt der politischen Diskussionen. Aber auch Fragen zu den Meldesystemen bei Katastrophenlagen warten auf eine Antwort.

Land reagierte schnell

Die Landesregierung in Mainz mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Innenminister Roger Lewentz und Finanzministerin Doris Ahnen an der Spitze reagierte in dieser bedrohlichen Situation sofort: „Wir helfen den Betroffenen der Hochwasserkatastrophe gemeinsam sehr schnell und konkret. Wir stehen als Land an

ihrer Seite und unterstützen als rheinland-pfälzische Familie gemeinsam“. Dazu hat der Ministerrat Ende Juli wichtige Weichen gestellt und eine Stabstelle Wiederaufbau beschlossen. Hilfe erfolgt, so heißt es in einer Mitteilung der Staatskanzlei, zum einen über das Soforthilfe-Programm des Landes mit drei Säulen: Soforthilfe für private Haushalte in Höhe von 30 Millionen Euro, für Unternehmen in Höhe von 25 bis 30 Millionen Euro und für die Kommunen, die um weitere 10 Millionen auf jetzt 60 Millionen Euro aufgestockt wurde. Der Bund beteiligt sich mit Mitteln in Höhe von 50 Prozent an den von den Ländern geleisteten Soforthilfen. Darüber hinaus liefen die Vorberei-

tungen für einen Nationalen Wiederaufbaufonds, der von Bund und der Ländergemeinschaft getragen werde. „Eine nationale Katastrophe braucht eine gemeinsame nationale Kraftanstrengung“, unterstrich Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Bei einem Besuch der Einsatzzentrale in Bad Neuenahr zeigte sich Ministerpräsidentin Malu Dreyer tief betroffen: „Wirklich alle in der Region sind schwer getroffen. Da sind zerstörte Eigenheime und Unternehmen im Gewerbe, in der Industrie und in der Landwirtschaft sowie weggespülte Straßen, Kanäle, Strom-, Wasser- und Telekommunikationsversorgung. Überall wurden Existen-

zen vernichtet“. Der Krisenstab des Landes berate permanent über die aktuelle Lage, der Ministerrat treffe sich zu Sondersitzungen, um Hilfe und Wiederaufbau zu organisieren. „Im Innenministerium wird eine Wiederaufbau-Organisation eingerichtet. Dort soll auf der Basis von kommunalen Maßnahmenplänen ein vereinfachtes Bearbeitungs- und Antragsverfahren umgesetzt werden. Der Wiederaufbau soll der Region zukunftsgerichtet Chancen bieten. Klar ist allerdings auch, dass alle Beteiligten einen sehr langen Atem brauchen werden“, stellte Innenminister Roger Lewentz fest. „Das Ausmaß der Zerstörung an der kommunalen Infrastruktur ist enorm. Bereits unmittelbar nach der Flutkatastrophe haben wir den Unwetter-Regionen eine Soforthilfe in Höhe von jetzt 60 Millionen Euro als kurzfristige Unterstützung zugesagt. Die Soforthilfe wird unbürokratisch als Pauschalbetrag an die betroffenen Städte und Gemeinden ausgezahlt. Mit der Soforthilfe mildert das Land die finanziellen Belastungen für die Kommunen insbesondere bei der kurzfristigen Instandsetzung von zerstörten Infrastrukturen sowie den Aufräum- und Reinigungsarbeiten ab. In dieser noch nie dagewesenen Katastrophe lassen wir die Kommunen nicht alleine“, sagte Finanzministerin Doris Ahnen. Für Lohnunternehmer gebe es darüber hinaus nun klare Perspektiven für deren Vergütung und die Möglichkeit für Verantwortliche der Kommunalpolitik, Aufträge schnell und unbürokratisch zu vergeben. „Zahlreiche Unternehmen sind mit Personal und Gerät zunächst ehrenamtlich für die Flutopfer tätig geworden. Dafür gebührt ihnen unser ausdrücklicher Dank. Es ist uns aber auch bewusst, dass die Zeit der ehrenamtlichen Tätigkeit nicht unbegrenzt sein kann. Daher besteht die Möglichkeit, dass durch die Kommunen schnell und unbürokratisch Aufträge erteilt werden können und so natürlich auch eine Vergütung ermöglicht wird“, ergänzte die Ministerpräsidentin. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer seien für ihre Arbeit im Katastrophenschutz ebenfalls abgesichert, unterstrich Malu Dreyer. Die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer erhielten Schutz über die Ehrenamts- und

Unfallversicherung des Landes. Für die Erstattung von Schäden, die den unorganisierten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern beim Hilfseinsatz entstanden sind und die anderweitig nicht gedeckt sind (z. B. für Schäden an mitgebrachtem Gerät oder Fahrzeugen), können die Kommunen natürlich nach eigenem Ermessen einen Ausgleich aus Spendenmitteln leisten. Allein das Land stellt den Kommunen über 14 Millionen Euro aus dem Spendentopf des Landes zur Verfügung, weitere hohe Spendensummen sind zum Teil direkt an die Kommunen geflossen. Eine sachgerechte Verteilung kann aber nur vor Ort erfolgen.

Soforthilfen für Kommunen

Bereits in der Sondersitzung des Ministerrats am 15. Juli 2021 wurde beschlossen, für die Unwetter-Regionen Soforthilfen in Höhe von 50 Millionen Euro bereitzustellen. Das



Eingestürzte Brücken, wie hier in der Gemeinde Speicher, legten vielerorts die Verkehrswege lahm.

Fotos (2): Nico Steinbach

Geld soll den betroffenen Regionen sehr schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden und helfen, die Einrichtungen und die Infrastruktur in den Kommunen zügig wiederaufzubauen. Diese 50 Millionen Euro werden um 10 Millionen Euro aufgestockt. Empfänger der Soforthilfen sind Gemeinden und Gemeindeverbände in den Landkreisen Ahrweiler, Mayen-Koblenz, Bernkastel-Wittlich, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Vulkaneifel, Trier-Saarburg, in deren Gebiet Schäden durch die Unwetterkatastrophe vom 14./15. Juli 2021 aufgetreten sind, sowie die Stadt Trier. Die Soforthilfen werden an die betroffenen Landkreise sowie an die Stadt Trier ausgezahlt. Sie werden nach dem Anteil der Betroffenen in den jeweiligen Landkreisen und der Stadt Trier und für die Abdeckung der Einsatzkosten gewährt. Als Soforthilfen werden bewilligt und ausgezahlt:

Landkreis Ahrweiler:	42.515.000 Euro
Landkreis Mayen-Koblenz:	610.000 Euro
Landkreis Bernkastel-Wittlich:	6.145.000 Euro
Eifelkreis Bitburg-Prüm:	4.345.000 Euro
Landkreis Vulkaneifel:	2.440.000 Euro
Landkreis Trier-Saarburg:	695.000 Euro
Stadt Trier:	3.250.000 Euro

Geld auch für Privatpersonen

Die Landesregierung hat den betroffenen Bürgern Soforthilfen von bis zu 3.500 Euro pro Haushalt bereitgestellt. Diese werden unbürokratisch und über die Kreisverwaltungen zur Verfügung gestellt. Um eine schnelle Auszahlung zu gewährleisten, soll die Soforthilfe den Betroffenen ohne umfangreiche Prüfung gewährt werden. Voraussetzung für die Zuwendung sind Schäden an Wohnraum, Hausrat, Kleidung. Berücksichtigt werden Schäden, die den Betrag von 5.000 Euro (abzüglich Versicherungsleistungen) übersteigen (bei außergewöhnlicher Bedürftigkeit 3.000 Euro). Die Abwicklung der Anträge für den am schwersten betroffenen Landkreis Ahrweiler hat das Statistische Landesamt übernommen. Nach dessen Angaben wurden bis Ende Juli 2.857 Anträge bewilligt und rund 5,6 Millionen Euro ausgezahlt. Die Landesregierung stellt auch für die von der Flutkatastrophe betroffenen Unternehmen Soforthilfe zur Verfügung, um die Räumung und Reinigung zu unterstützen. Die Höhe der Soforthilfe beträgt 5.000 Euro. Die Soforthilfe wird als Pauschale in Höhe von 5.000 Euro pro Unternehmen ausgezahlt. Anträge werden von den örtlich zuständigen Verwaltungen der Kreise sowie der Stadt Trier entgegengenommen.

Hohe Spendenbereitschaft

Nach wie vor ist auch die private Spendenbereitschaft ungebrochen. „Bis zum heutigen Tag (Stand Freitag, 30. Juli) sind über 13,6 Millionen Euro eingegangen. Das macht mich stolz und dankbar“, sagte die Ministerpräsidentin. Wer helfen möchte, kann dies auch weiterhin tun. Unter dem Kennwort „Katastrophenhilfe Hochwasser“ können Spenden auf folgendes Konto bei der Sparkasse Mainz überwiesen werden:

Empfänger: Landeshauptkasse Mainz, IBAN: DE78 5505 0120 0200 3006 0

Die Impfung kommt zu den Menschen

Impfzentren schließen zum 30. September, bleiben aber weiter in Bereitschaft. Bisher erfolgreiche Kampagne in Rheinland-Pfalz

Autor Denis Alt, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit

Die Anstrengungen der Impfkampagne der letzten Monate zeigen Wirkung: Die Impfquote steigt. So haben ungefähr die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner eine Zweitimpfung erhalten (Stand Anfang August). Dies ist ein gemeinsamer Erfolg. Nur dank der drei Säulen – Landesimpfzentren mit den Kommunen sowie den angeschlossenen mobilen Teams des DRK, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sowie Betriebsärztinnen und Betriebsärzte – konnte dies erreicht werden. Aber dies reicht noch nicht: Um die Pandemie wirklich zu beherrschen, brauchen wir eine höhere Impfquote.

In einer Phase, in der es viel mehr Menschen gab, die geimpft werden wollten, als Impfstoff vorhanden war, war die Impf-Reihenfolge eine Frage der Solidarität. Nun ändert sich die Bekämpfung der Pandemie erneut: Die Impfwilligen haben ihr Impfangebot erhalten. Nach der Bewältigung großer Massen müssen wir bürgernahe, dezentrale und zielgenaue Angebote ermöglichen,

um auch weitere Gruppen zu erreichen und zu überzeugen. Wir haben daher in Rheinland-Pfalz die Impfstrategie angepasst.

Mobile Impfbusse

Die Impfzentren haben sich in einer Phase massenhafter und Prioritätsvorgaben folgender Impfungen als wichtige und stabile Säule der Nationalen Impfstrategie erwiesen. Gemeinsam mit den Kommunen haben wir eine schlagkräftige Infrastruktur aufgesetzt, die den bisher erarbeiteten Erfolg ermöglicht hat. Mein Dank geht daher an die Kommunen, an die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Ehrenamtler, die vor Ort ihren Dienst getan und damit zu einer erfolgreichen Impfkampagne beigetragen haben.

Unter den geänderten Rahmenbedingungen brauchen wir jetzt aufsuchende und niedrigschwellige Angebote. Dafür setzen wir gemeinsam mit den sozialen Trägern und den Kommunen weiter mobile Impfteams des Landes ein. Die Impfung



Staatssekretär Denis Alt

Foto: MWG/Piel

wird zu den Menschen vor Ort kommen: in die Stadtteile, zu den Tafeln, vor die Supermärkte. Dafür setzt das Land in Zusammenarbeit mit dem DRK auch sechs mobile Impfbusse in über 200 Terminen ein.

Die Impfzentren bieten jetzt Impfungen für alle sowie Impfungen ohne

Termin an. Sie werden jedoch derzeit nicht mehr so stark wie zu Beginn der Impf-Kampagne nachgefragt. Daher haben wir uns entschlossen, die Impfzentren grundsätzlich zum 30. September zu schließen.

Neun Impfzentren bleiben im Bereitschaftsbetrieb (Stand-by-Betrieb), um eine zeitnahe Nutzung problemlos möglich zu machen. So bleiben die Impfzentren in Germersheim, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Mainz und im Rhein-Lahn-Kreis bis zum 31. Dezember 2021, die Impfzentren in Mainz-Bingen, Koblenz, Neustadt und Trier bis zum 30. April 2022 im Bereitschaftsbetrieb. Konkret bedeutet dies, dass die Impfzentren zwar geschlossen sind, aber die Infrastruktur erhalten bleibt.

Neue Phase beginnt

Wir gehen jetzt in eine neue Phase der Pandemiebekämpfung. Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte leisten eine hervorragende Arbeit. Wir wollen die Regelversorgung beim Impfen zukünftig durch die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie mit einer Stärkung der mobilen Impfteams und Sonderimpfaktionen abdecken. Auch mögliche Drittimpfungen, die aktuell noch wissenschaftlich diskutiert werden, könnten über die Praxen der Hausärztinnen und -ärzte bewältigt werden.

Anzeige



**ASK
Berlin**

DIE AGENTUR AN EURER SEITE

WWW.ASK-BERLIN.DE

 **GRAFIK**

 **KAMPAGNEN**

 **PODCASTS**

 **TEXTE**

 **EVENTS**

 **SPONSORING**

 **VIDEO**

EURE ANSPRECHPARTNER:

Thomas Mühlnickel
Geschäftsführer
muehlnickel@ask-berlin.de

Dennis Eighteen
Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.
eighteen@ask-berlin.de



ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600

Präventionswochen, Impfen und Testen:

So startet das Schuljahr 2021/2022

Die Landesregierung tut alles dafür, damit der Präsenzunterricht nach den Sommerferien im neuen Schuljahr fortgesetzt werden kann.

Autorin Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig

Wie geht es im neuen Schuljahr weiter? Diese Frage stellen sich viele Familien gerade angesichts wieder steigender Inzidenzen, der Delta-Variante und den Berichten aus europäischen Nachbarländern. Unser Ziel ist, dass wir den Präsenzunterricht nach den Sommerferien fortführen. Dafür haben wir die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen. Denn: Schule ist nicht nur das Vermitteln von Lernstoff, Schule lebt auch vom Miteinander und vom Austausch – unsere Schülerinnen und Schüler brauchen diesen dringend, das haben die vergangenen Monate deutlich gezeigt.

Unsere Schulen waren und sind nicht die Orte gewesen, wo Infektionen stark verbreitet wurden. Das lag vor allem an dem Engagement unserer Schulgemeinschaften, die die Hygienekonzepte hervorragend umgesetzt haben. Das zeigt auch eine Studie des rheinland-pfälzischen Landesuntersuchungsamts, die das Infektionsgeschehen an Schulen kontinuierlich auswertet. In Abstimmung mit den Experten der Universitätsmedizin Mainz sowie des Landesuntersuchungsamts werden alle Hygienemaßnahmen und Konzepte auch fortlaufend angepasst. Damit das neue Schuljahr in voller Präsenz starten kann, hat die Landesregierung weitreichende Maßnahmen beschlossen.

Zwei Präventionswochen

Das Schuljahr 2021/2022 startet mit zwei sogenannten Präventionswochen. Das bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler zwei Mal pro Woche getestet werden, um am Präsenzunterricht teilnehmen zu können. Im Anschluss an diese zwei Wochen schließt sich ein anlassbezogenes Testkonzept an. Dieses greift beispielsweise bei konkret auftretenden Infektionen oder wenn die regionale Inzidenz

einen bestimmten Schwellenwert überschreitet. Zusätzlich finden als Vergleichsmonitoring regelmäßige Testungen an 20 ausgewählten Schulen statt.

Darüber hinaus kann es in den Präventionswochen dazu kommen, dass neben der Testpflicht auch wieder eine Maskenpflicht am Platz gelten wird, damit – auch mit Blick auf die Reiserückkehrerinnen und -rückkehrer – die Schulen sichere Orte bleiben.

Neues Förderprogramm

Neben dem bereits im Herbst 2020 aufgelegten Förderprogramm über sechs Millionen Euro unterstützen wir mit einem neuen, zusätzlichen und zwölf Millionen Euro schweren Förderprogramm die Schulträger dabei, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Frischluftzufuhr umzusetzen. Damit hat die Landesregierung insgesamt 18 Millionen Euro für Raumlufthygiene in Schulen bereitgestellt. Entlang der Empfehlungen des Umweltbundesamts können damit Maßnahmen

gefördert werden wie beispielsweise der Umbau von Fenstern, die Anschaffung von CO₂-Messgeräten, der Einbau von ventilatorgestützten Zu- und Abluftsystemen oder mobile Luftreinigungsanlagen in Räumen, in denen nicht ausreichend gelüftet werden kann. Zudem können Luftfilteranlagen auch im Rahmen von Schulbaumaßnahmen gefördert werden. Ergänzend zum Landesgeld stehen über das Investitionsprogramm des Bundes zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder bis zu 36 Millionen Euro für Rheinland-Pfalz zur Verfügung. Darüber hinaus können Schulen und Kitas weitere Fördermöglichkeiten zur Anschaffung von Raumluftechnischen Anlagen sowie mobilen Luftreinigungsgeräten seitens des Bundes nutzen.

Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Sicherheit an unseren Bildungseinrichtungen ist die Impfung unseres Personals. Unseren Lehrkräften und den Erzieherinnen und Erziehern hat das Land frühzeitig Impfangebote

gemacht. Alle, die sich bis zum Ende des Schuljahrs 2020/2021 für eine Impfung registriert hatten, werden bis zum Schuljahresstart 2021/2022 vollständig geimpft sein. Wir sehen, dass davon rege Gebrauch gemacht wurde.

Vertretungs- und Förderunterricht

Die Schutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie sind das eine, gleichzeitig ist es unser Ziel, die Folgen der Pandemie für die Bildungskarriere jedes und jeder Einzelnen zu bekämpfen. Mit knapp 130 Millionen Euro Landesmitteln und zusätzlichen 63 Millionen Bundesgeld aus dem „Corona-Aufholprogramm“ finanzieren wir deshalb Corona-bedingte Vertretungseinsätze sowie die stärkere und die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern. Dazu werden zusätzliche Kurse für Schülerinnen und Schüler während der Sommerferien und des neuen Schuljahrs angeboten. Unseren Kindern und Jugendlichen soll und darf kein Nachteil durch die Pandemie entstehen.

Sorgen im Katastrophengebiet

Was für viele Schülerinnen und Schüler am 30. August 2021 eine Selbstverständlichkeit sein wird, ist für Kinder und Jugendliche in den vom Hochwasser stark betroffenen Gebieten aktuell mit vielen Fragezeichen, Sorgen und Ängsten verbunden. Es ist eine unfassbare Katastrophe, die sich Mitte Juli im Norden unseres Landes ereignet hat. Einige Schulen und Kitas sind so schwer betroffen, dass dort zu Schuljahresbeginn kein normaler Unterricht, kein Kita-Alltag stattfinden kann. Gemeinsam mit allen Beteiligten, den Trägern, der Schulaufsicht, dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, kümmern wir uns darum, Lösungen zu finden, die flexibel und unbürokratisch sind.

Zudem werden wir den Schulstart dort mit Angeboten der Schulpsychologie eng begleiten. Denn neben dem Wiederaufbau gilt es auch die Menschen vor Ort, die Schul-, die Kitagemeinschaften, vor allem aber die Kinder und Jugendlichen zu unterstützen, sodass sie das Erlebte verarbeiten können.



Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig will nach den Sommerferien Präsenzunterricht in Rheinland-Pfalz ermöglichen.

Foto: Peter Bajzer

Andreas Hundhausen neuer Bürgermeister

Überzeugender Wahlsieg des Sozialdemokraten in der Verbandsgemeinde Kirchen. Gute kommunalpolitische Arbeit hat sich ausgezahlt

Autor Wolfgang Kröhler

Andreas Hundhausen hat es geschafft: Der Sozialdemokrat ist neuer Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kirchen. Die Wahl im Juni gewann er in überzeugender Manier: Mit 61,3 Prozent der abgegebenen Stimmen lag er deutlich vor seinem CDU-Mitbewerber Michael Conrad, auf den 38,7 Prozent entfielen. Die Wahl war nach dem plötzlichen Tod des bisherigen Amtsinhabers Maik Köhler (CDU) notwendig geworden. Die Grundlagen für seinen Erfolg legte Andreas Hundhausen bereits in den vergangenen Jahren. 2009 zog er in den Stadtrat von Kirchen ein und wurde sofort SPD-Fraktionsvorsitzender. Schon zwei Jahre später übernahm er auch den Vorsitz im SPD-Kreisverband Altenkirchen und 2016 auch den Vorsitz der SPD-Fraktion im Kreistag Altenkirchen. Seine gute kommunalpolitische Arbeit und seine Präsenz vor Ort honorier-



Andreas Hundhausen ist der neue Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kirchen.

Foto: Privat

ten schließlich die Wählerinnen und Wähler 2014, als sie ihn zum Bürgermeister der Stadt Kirchen wählten.

Als wissenschaftlicher Mitarbeiter von Sabine Bätzing-Lichtenthäler schnupperte der Sozialdemokrat in die „große“ Politik hinein – diese war bis 2014 Bundestagsabgeordnete und zog anschließend in den rheinland-pfälzischen Landtag ein.

Geschlossenheit und Engagement

Gerade in Pandemiezeiten stellte der Wahlkampf um das Amt für den VG-Bürgermeister von Kirchen eine große Herausforderung dar. „Da im März 2021 bereits die rheinland-pfälzischen Landtagswahlen stattfanden und ich über die Partei in den Wahlkampf eingebunden war, war mir das nicht unbekannt. Insofern konnte ich auf meinen eigenen Erfahrungsschatz zurückgreifen“, erzählt Hundhausen. Die Unterstützung durch die Partei sei außerdem grandios gewesen. „Geschlossenheit und großes Enga-

gement waren Antreiber für eine erfolgreiche Wahlkampagne. Aber auch die Unterstützung aus der Bevölkerung war enorm. Ich habe das in dieser Form noch nie erlebt“, schwärmt noch heute der neue Bürgermeister von den ereignisreichen Wochen bis zur Wahl.

Im Wahlkampf setzte Andreas Hundhausen auf Themen, mit denen er die Bürgerinnen und Bürger offenbar voll überzeugen konnte. Dazu gehörten unter anderem: Moderne Verwaltung und Digitalisierung, Vereine und Ehrenamt, Medizinische Versorgung und Gemeindegewerkschaft plus sowie Schaffung von Gewerbe- und Wohnbauflächen. Für die nächsten Jahre als VG-Bürgermeister hat er schon klar definierte Ziele: „Ich möchte der Verbandsgemeinde Kirchen ein modernes und innovatives Image verschaffen. Die Menschen sollen mit einem positiven Gefühl an die Verbandsgemeinde denken. Dazu gehört eine bürgerorientierte Verwaltung, die sich den Sorgen und Nöten annimmt und gemeinsam Lösungen erarbeitet, oder aber die Ortsgemeinden und die Stadt Kirchen in ihrer Weiterentwicklung vorbehaltlos unterstützt“, so Andreas Hundhausen abschließend.

Vorreiterrolle der Verbandsgemeinde Zell: Solidarpakt für Sonnen- und Windenergie

Pachterlöse werden unter allen 24 Ortsgemeinden aufgeteilt. Verbandsgemeinde-Umlage wird im Gegenzug gesenkt. Interview mit VG-Bürgermeister Karl-Heinz Simon

Autor Wolfgang Kröhler

Spätestens nach der Flutkatastrophe Mitte Juli 2021 rückt der Klimawandel noch verstärkter als bisher in den Mittelpunkt der politischen Diskussionen. Die Forderung nach dem Ausbau von weiteren Windenergie- und Photovoltaikanlagen wird wieder lauter. In vielen rheinland-pfälzischen Gemeinden ist dieser Prozess bereits voll im Gange. In erster Linie generieren den Strom die Ortsgemeinden, die in ihren Gemarkungen solche Anlagen erstellt haben bzw. noch planen. Pachterlöse sind ein willkommenes Zubrot auf der Einnahmeseite

der örtlichen Haushalte. Gemeinden, die hierzu keine Möglichkeiten haben, schauen in die Röhre. Die Konsequenz: Die Konkurrenz unter den Gemeinden ist groß, oft gehen neidvolle Blicke über die Gemarkungsgrenzen. In dieser Hinsicht geht man aber in der Verbandsgemeinde Zell/Mosel ganz neue Wege. Mit einem Solidarpakt aller 24 verbandsangehörigen Ortsgemeinden hat man ein Verteilungssystem gefunden, durch das alle Gemeinden profitieren – ob mit oder ohne Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Wie es zu einem

solchen Solidarpakt gekommen ist und wie er funktioniert, darüber führte die DEMO nachfolgendes Interview mit Verbandsbürgermeister Karl-Heinz Simon (SPD).

Wie kam es zur Idee, einen Solidarpakt für Freiflächen-Photovoltaik und Windkraft-Repowering in der VG Zell zu installieren?

Wir Kommunen stellen uns den klimapolitischen Zielen und wollen die von Bund und Land gesetzten Rahmenbedingungen mit Leben füllen. Hierzu gehört die Umstellung auf

Erneuerbare Energien. Die Verbandsgemeinde und ihre Ortsgemeinden haben bereits Mitte der 2000er Jahre die ersten Flächen für Windenergieanlagen ausgewiesen. Aber wir wollten gerne noch aktiver in der Energiewende unterwegs sein. Die Möglichkeiten dazu sind in der Verbandsgemeinde Zell aber begrenzt – durch die Ausweisung als FFH-Schutzgebiet, die Einflugzone zum Flughafen Hahn, Vogelschutzgebiete und den Landschaftsschutz des Moseltals, der sich bis in den Hunsrück auswirkt.



Karl-Heinz Simon, Bürgermeister der VG Zell/Mosel

Foto: VG Zell

Im Zuge der Planungen für weitere Windenergieanlagen in der Verbandsgemeinde Zell in den 2010er Jahren ist dann schon einmal versucht worden, einen solchen Solidarvertrag über unsere 24 Gemeinden zustande zu bringen. Dies ist damals leider nicht gelungen und es hat sich auch gezeigt, dass die Konkurrenzsituation unserer Ortsgemeinden untereinander für die Planungen insgesamt nicht zuträglich war. Auch bei der aktuellen Überlegung, größere Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu errichten, war von vornherein klar, dass nicht alle Ortsgemeinden über geeignete Flächen verfügen und auch sicherlich nicht alle Flächen, mit denen wir ins Verfahren gehen, am Ende auch erfolgreich überplant werden können. Wir wollen aber, dass alle partizipieren. Es ist daher nach einer Lösung gesucht worden, die einerseits eine gemeinsame, aufeinander abgestimmte integrier-

te Planung zum Inhalt hat, von der andererseits gleichzeitig alle Ortsgemeinden profitieren.

Es war bestimmt nicht ganz einfach, die 24 Ortsgemeinden aus der VG Zell/Mosel von der Idee zu überzeugen. Wie haben Sie das geschafft?

Das ist richtig. Es waren viele Gespräche erforderlich und sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

Jeder kennt die Finanzlage der Ortsgemeinden und weiß, wie wenig von den Steuereinnahmen nach Abzug von Verbandsgemeinde- und Kreisumlage vor Ort für die Finanzierung der örtlichen Aufgaben verbleibt. Von daher sind Einnahmen aus Erneuerbaren Energien, die grundsätzlich ja zu 100 Prozent bei der Ortsgemeinde verbleiben, für diese sehr wichtig. Hier muss jede Ortsgemeinde zuerst einmal auch an sich denken. Dies

ist verständlich und nachvollziehbar. Wir haben jeden Gemeinderat besucht und offen diskutiert. Denn natürlich wird es am Ende Gemeinden geben mit geeigneten Flächen und andere ohne. Wenn wir Konkurrenz zwischen den Gemeinden vermeiden, profitieren am Ende alle Bürgerinnen und Bürger. Ganz wichtig ist dabei, die Diskussionen fachlich fundiert und offen zu führen. Mit einer Machbarkeitsstudie haben wir als Verbandsgemeinde die am besten geeigneten Flächen ermitteln lassen, auch um nicht jedem Flächenangebot nachzugehen. Insgesamt stieß dies auf große Zustimmung. Außerdem zeigte sich, dass die fachliche Begleitung auch der richtige Weg ist für das anstehende Genehmigungsverfahren; fachlich fundiert begründete Anträge sind erfolgversprechender als alles andere.

Aufgrund der Erkenntnisse aus früheren Planungsvorhaben im Bereich Erneuerbarer Energien war für jede un-

serer Gemeinden klar, dass eine Planungsabsicht für eine Freiflächenanlage kein Selbstläufer ist und keinen Automatismus für die Genehmigung beinhaltet. Die Sicherheit, über einen Solidarvertrag auf jeden Fall von solchen Anlagen in der Verbandsgemeinde mit zu profitieren, war vor diesem Hintergrund ein erstes gutes Argument in den Gemeinderäten. Zunächst gab es die Idee, die in der Gemeinde generierte Pachteinahme teilweise an die Nachbargemeinden abzugeben. Das war schwer zu vermitteln. Da kam die Idee auf: Wenn alle mitmachen, geben wir doch die Erlöse an die Verbandsgemeinde. Darin sind wir 24 Ortsgemeinden allesamt integriert und die geringere VG-Umlage nützt uns allen. Nach anfänglich durchaus kontroversen Diskussionen kam das sehr gut an.

Es ist so, dass die Verbandsgemeinde Zell derzeit mehrere notwendige und allseits gewollte Großprojekte wie den Neubau des Verwaltungsgebäu-

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

**„Die Bekämpfung von Rechts-
extremismus ist nach wie vor
ein aktuelles und zentrales
Thema. Wer den ‚blick nach
rechts‘ regelmäßig liest,
erkennt die aktuellen Gefahren
von Rechtsaußen und kann
sachkundig argumentieren.“**

Ute Vogt, MdB

Weitere Informationen im Netz:
www.bnr.de

**SGK-Seminartermine
zum Thema „Schlagfertigkeit“**

Im Oktober bietet die SGK Rheinland-Pfalz ein Online-Seminar mit Kommunikationsprofi Marietta Gädeke an.

Rund um das Thema „Schlagfertigkeit kann man lernen“ bietet die deutsche Debattiermeisterin und Inhaberin von „Lilit Kommunikation“ Hilfestellungen, um auch in schwierigen Situationen sprachlich zu überzeugen.

Das Seminar findet in drei Teilen an den aufeinanderfolgenden Freitagen **08., 15. und 22. Oktober** jeweils von 18 bis 20 Uhr statt.

Die Anmeldung für SGK-Mitglieder erfolgt per Mail an geschaeftsstelle@sgkrp.de.
Die Veranstaltung kommt nur bei einer Mindestteilnehmerzahl zustande.

des oder die Generalsanierung des Erlebnisbades „vor der Brust“ und finanziell in den kommenden Jahren zu stemmen hat. Dies wird, was bei der Entscheidung über diese Projekte jedem bewusst war, auch die Umlagehöhe beeinflussen. Der Solidar-pakt wird daher auch die Umlagehöhe stabilisieren, wovon wiederum alle 24 Gemeinden profitieren werden.

Mit der transparenten Vorgehensweise und der fachlichen Qualität der Potenzialflächen-Analyse konnten wir die Interessen der Gemeinden bei der Verbandsgemeinde bündeln und uns gegenüber den Projektierern eine bessere Verhandlungsposition verschaffen, als wenn jede Ortsgemeinde für sich ihre Interessen vertreten hätte. Es konnte dann auch eine spürbare Erhöhung der Pachtangebote erreicht werden. Auch für die Anbindung von künftigen Anlagen über mehrere Gemarkungen hinweg an das Stromnetz war das Zusammenwirken in einem gemeinsamen Planungsprozess hilfreich. Dies haben auch die Projektierer so gesehen und die Vorgehensweise unterstützt.

Wie funktioniert der Solidar-pakt, wie profitieren die Gemeinden von diesem gemeinsamen Vorhaben und wie hat sich dies auf die künftige Zusammenarbeit der Ortsgemeinden ausgewirkt?

Von den Pachterlösen, welche die Vertragspartner an die Ortsgemeinde für die vertraglich zugesicherten Flächen zahlen, führen die Ortsgemeinden 30 Prozent an die Verbandsgemeinde ab. Wir reden hier allerdings nur über künftige Anlagen, nicht über Bestandsanlagen. Zu den Pachterlösen zählen ab diesem Jahr schon vor der Realisierung von Anlagen sogenannte Reservierungsentgelte.

Dies hat für die Verbandsgemeinde Zell aus dem Solidarvertrag in 2021 Erlöse von rund 232.000 Euro gebracht. Aufgrund dieser jetzt erstmalig angefallenen Erträge wurde im Haushalt 2021 die Verbandsgemeinde-Umlage von im Vorjahr 32,0 auf jetzt 30,5 Punkte abgesenkt. Dies bedeutet eine Reduzierung des Umlageaufkommens von etwa 250.000 Euro. Hiervon profitieren alle 24 Ortsgemeinden.

Neben den Pachteinahmen für die künftigen Photovoltaik-Freiflächenanlagen werden im Zuge des in einigen Jahren anstehenden Repowering der in der Verbandsgemeinde Zell vorhandenen Windenergieanlagen auch die dort anfallenden Pachterlöse zum gleichen Prozentsatz in den Solidarfonds fließen. Das Ergebnis, dass alle 24 Gemeinden mitgezogen haben, hat das Vertrauen untereinander gestärkt und das Gefühl, dass man gemeinsam bei der Erzeugung von Erneuerbaren Energien an einem Strang zieht.

Nach der schlimmen Flutkatastrophe, von der ja auch ihre VG betroffen war, rückt der Klimaschutz immer mehr in den Brennpunkt der politischen Arbeit. Können Sie sich in Anlehnung an den Solidar-pakt ähnliche Vorgehensweisen bei anderen notwendigen Projekten für die Zukunft vorstellen?

Diese und andere Formen interkommunaler Zusammenarbeit sind für mich der gewiesene Weg und zwar auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Vieles kann man nur ge-

meinsam stemmen! Dies gilt auch mit Blick auf weitere Klimaschutzprojekte, die vor uns liegen. Aktuell sind wir auch gemeinsam unterwegs, Starkregenschutzkonzepte für unsere Ortsgemeinden auf den Weg zu bringen. Wir sind zwar in den Moselgemeinden sehr erfahren im Umgang mit „üblichen“ Hochwasser-Ereignissen, aber Starkregen ist eine andere Herausforderung. Und auch da müssen wir über die einzelne Ortsgemeinde hinaus denken. Während das Juli-Hochwasser für die Moselgemeinden unserer Verbandsgemeinde ja glimpflich ausgegangen ist, blicken wir bestürzt auf die Bilder in den Katastrophengebieten in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Auch hier wird deutlich, dass solche Herausforderungen nur gemeinsam gestemmt werden können. Es bedarf der Solidarität nicht nur unter den Menschen, sondern auch bei den Kommunen untereinander.

Vor diesem Hintergrund ein klares Ja!

Infos zum Haushalt und zur Ratsarbeit

Seminare der SGK Rheinland-Pfalz mit wichtigen Informationen für die Arbeit vor Ort. Wiederholung im Herbst geplant

Autorin Lisa Vogel

Gleich zwei Seminare wurden als interaktive Online-Formate im Juli für die Mitglieder von SGK und SPD angeboten: Haushaltssachbearbeiter Christian Funk informierte rund um das komplexe Thema „Kommunale Finanzen“. Wichtige Grundlagen, wie etwa die Begriffe des Rechnungswesens, die Phasen der Haushaltswirtschaft und nützliche Haushaltsinstrumente, brachte er den Teilnehmerinnen und Teilnehmern näher.

Mit Praxisbezügen und Beispielen lockerte Funk die Theorie dabei auf, sodass auch theoretische Ansätze anschaulich wurden.

Strategie Ratsarbeit

Einen anderen thematischen Schwerpunkt setzte Heijo Höfer in seinem Online-Seminar, das direkt am darauffolgenden Abend stattfand: Rund um eine strategisch geschickte Ratsarbeit drehte sich das Format. Hierbei stellte der kommunal- und landespolitisch sehr erfahrenen Referent beispielsweise die Bedeutung persönlicher Kontakte für die Ratsarbeit heraus und gab konkrete Tipps für den Aufbau und die Pflege eines Netzwerkes. Nicht zu unterschätzen sei beispielsweise die Präsenz und das Engagement bei Vereinen und Organisationen einer

Gemeinde, wobei wertvolle Kontakte entstehen könnten.

Tipps hatte Heijo Höfer auch für die Mitglieder besonders kleiner Ratsfraktionen parat, die aufgrund ihrer Unterzahl besonders schnell überstimmt werden können. So sei etwa die Suche nach Verbündeten essenziell, um in der Ratsarbeit Erfolg zu haben. „Umgekehrt kann eine kleine Fraktion auch der Mehrheitsmacher sein“, betonte Höfer hier.

„Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer profitieren von dem enormen Erfahrungsschatz der beiden Refe-

Kommende Termine:

Das Seminar **„Kommunale Finanzen“** mit Christian Funk findet **am 7. Oktober ab 18:30 Uhr** in der Bohr-Insel, An der Kreisstraße 2, 55483 Lautzenhausen, (Flughafen Hahn) statt.

Das Seminar **„Strategisch kluge Ratsarbeit“** mit Heijo Höfer wird **am 9. September ab 18:30 Uhr** im Flughafen Hahn veranstaltet.

Die Anmeldung erfolgt per Mail an geschaeftsstelle@sgkrp.de

renten. Daher sind wir besonders froh, die beiden Seminare nochmals im Herbst in Präsenzform anbieten zu können“, so Nico Steinbach, MdL und SGK-Landesgeschäftsführer. „Auch hier freuen wir uns über zahlreiche Interessenten!“, betonte er.